



# einblicke



## Idyll adé?

Wenn Großprojekte im eigenen Umfeld geplant sind, steht oft Gemeinwohl gegen Eigeninteresse.

# Momentaufnahme



Seit 1968 warf die Talbrücke Rahmede ihren Schatten in Lüdenscheider Vorgärten, bis sie 2021 gesperrt und 2023 gesprengt wurde, weil sie einsturzgefährdet war. Die Folge: Seit 2021 herrscht in Lüdenscheid Dauerstau. Die neue Brücke soll erst 2027 voll einsatzbereit sein. Die Anwohner\*innen vor, hinter und auch unter der Brücke warten sehnsüchtig auf ihre Fertigstellung. ♥ SAUERLAND

04 **Nicht vor meiner Tür!**

Fortschritt hat auch Schattenseiten – und die will niemand in seiner Nähe haben. Ein Essay über den Konflikt zwischen Eigeninteresse und Gemeinwohl.

08 **Triff die Nachbarn**

Was bewegt Menschen, die sich für oder gegen Wandel in ihrer Nachbarschaft engagieren? Wir haben bei Fachleuten und Betroffenen nachgefragt.

14 **In vielen „Backyards“**

Es gibt 16 Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle – verteilt über ganz Deutschland. Eine Dauerlösung ist das nicht.

**Wir über uns**

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH (BGE) sucht den Standort für das Endlager für hochradioaktive Abfälle, der die bestmögliche Sicherheit für eine Million Jahre gewährleistet. Außerdem baut die BGE das Endlager Konrad und betreibt das Endlager Morsleben sowie die Schachanlage Asse II und das Bergwerk Gorleben. Weitere Informationen: [www.bge.de](http://www.bge.de)

Auf der Homepage des Magazins bieten wir vertiefende Informationen und Berichte sowie barrierefreie PDFs. [www.einblicke.de](http://www.einblicke.de)

Haben Sie Fragen? Dann schreiben Sie uns: [dialog@einblicke.de](mailto:dialog@einblicke.de)

## Editorial

# Wir sind Nachbarn.



Liebe Leserinnen und Leser,

mussten Sie über den Gartenzwerg auf unserem Cover schmunzeln? Mit seinem fragenden Blick steht er sinnbildlich für eine Haltung, wie man sie vielerorts findet, wenn es um Veränderungen geht: abwartend, skeptisch, manchmal ablehnend. Diese Haltung hat einen Namen: „Not in my Backyard“ oder kurz NIMBY.

Eine solche Einstellung ist menschlich. Dennoch muss irgendwo ein sicheres Endlager für hochradioaktive Abfälle gebaut werden. Zwischenlager sind nur eine Übergangslösung. Sie stehen derzeit verteilt in Deutschland an 16 Standorten und damit quasi in einigen Backyards beziehungsweise Nachbarschaften. Unser Auftrag ist es, den Standort mit der bestmöglichen Sicherheit für das Endlager zu finden und dort alle hochradioaktiven Abfälle dauerhaft sicher zu verwahren.

Keine leichte Aufgabe. Denn bei der Standortsuche geht es nicht nur um Gesteinsschichten und Sicherheitsanalysen – es geht auch um die Menschen vor Ort. Was macht das Standortauswahlverfahren mit den Nachbarschaften, was heißt es für ein ganzes Land? Um dem NIMBY-Phänomen auf den Grund zu gehen, haben wir uns für dieses Heft mit vielen Menschen aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unterhalten. Eines vorab: Es waren überraschende Gespräche, die zum Nachdenken einladen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!

**Iris Graffunder**  
Vorsitzende der  
Geschäftsführung der BGE

# Nicht vor



# meiner Tür!

**Fortschritt braucht Orte – doch genau dort beginnt der Streit. Kaum ein Ausdruck trifft den Nerv der Gegenwart so sehr wie NIMBY – „Not in my Backyard“. Das Kürzel beschreibt eine gesamtgesellschaftliche Schieflage: Wir profitieren alle von moderner Infrastruktur, wollen ihre Schattenseiten aber möglichst weit von uns fernhalten. Doch wie gerecht ist das? Und wie gelingt Wandel, wenn ihn niemand in der Nähe haben will?**

TEXT VON PHILIPP HAUNER

**W**as haben Müllverbrennungsanlagen, Windparks und Rechenzentren gemeinsam? Richtig, die Anlagen sind für unser modernes Leben unverzichtbar geworden. Doch nur die wenigsten Menschen befürworten sie in ihrer Nachbarschaft. Eine funktionierende Müllentsorgung? Auf jeden Fall. Aber keine Verbrennungsanlage am Ortsrand. Die Haltung dahinter heißt NIMBY – „Not in my Backyard“. Und sie beginnt dort, wo eigene Komfortzonen über das Gemeinwohl gestellt werden. Auf den ersten Blick wirkt das unsympathisch. Aber ist es das? Oder, anders gefragt: Wie gelingt Fortschritt, ohne dass Einzelne die negativen Begleiterscheinungen über Gebühr schultern müssen?

Oft geht es bei NIMBY nicht nur um persönliche Abwehr, sondern auch um gesellschaftliche Aushandlungsprozesse und strukturelle Ungerechtigkeit. Denn in der Realität landen unerwünschte Projekte häufig an Orten, die wirtschaftlich schwächer aufgestellt sind, weniger politische Unterstützung haben oder strukturell als „belastbar“ gelten. So entsteht eine Ungleichheit, die selten benannt wird, aber immer mitschwingt: Wer kann sich wehren – und wer nicht?

NIMBY ist also kein einfacher Reflex, sondern ein komplexes Phänomen: Mal ist es Ausdruck berechtigter Sorge, mal eine legitime Interessenvertretung, häufig beides zugleich. Aber gerade weil das Phänomen nicht so eindeutig ist, lohnt sich ein zweiter Blick: Woher kommt der Widerstand? Und was sagt er über die Gesellschaft aus, in der er entsteht?

### **Warum NIMBY so menschlich ist**

Die meisten Menschen halten sich für rational und aufgeklärt. Und zumeist sind sie auch gemeinschaftsorientiert, so der Psychologe und Autor Borwin Bandelow im Gespräch mit Einblicke. Umso erstaunlicher ist es, wie

schnell sich diese Prinzipien verflüchtigen, wenn ein Großprojekt in der unmittelbaren Nachbarschaft droht. Plötzlich überwiegt der Wunsch nach Ruhe, nach Sicherheit, nach Kontrolle über das eigene Lebensumfeld. Warum?

Psychologisch betrachtet hat dieses Verhalten einen Namen: Verlustaversion. Der Begriff beschreibt die Tendenz, mögliche Verluste deutlich stärker zu gewichten als mögliche Gewinne. Zumal die Schatten des Windrads individuelle Verluste sind, während der Gewinn – also die klimafreundlichere Energieerzeugung – der Allgemeinheit zugutekommt. Ähnlich wirkt auch die sogenannte Statusquo-Verzerrung: Menschen bevorzugen den gegenwärtigen Zustand, selbst wenn objektiv Besseres möglich wäre.

Hinzu kommt: Großprojekte bringen häufig auch ganz reale, konkrete Nachteile mit sich: steigende Mieten, zusätzliche Belastungen durch Lärm und Verkehr, Eingriffe in gewachsene Strukturen oder die Zerstörung von Natur- und Lebensräumen. Wenn diese Nachteile nicht offen benannt und ernst genommen werden, droht die öffentliche Debatte aus dem Gleichgewicht zu geraten. Gerade in Zeiten gesellschaftlicher Spannungen und großer Umbrüche wird das bestehende Misstrauen zusätzlich verstärkt – etwa durch eine allgemeine Erosion des Vertrauens in Institutionen oder das Gefühl, als Bürger\*in nicht wirklich gehört zu werden.

### **Fehlt Beteiligung, wird es teuer**

Gleichzeitig steht hinter vielen NIMBY-Protesten auch ein Bedürfnis nach Selbstwirksamkeit und Mitgestaltung. Oft geht es darum, Einfluss auf das eigene Lebensumfeld zu nehmen – ein Anliegen, das in einer demokratischen Gesellschaft legitim ist. Natürlich kann dieser Wunsch mit Eigeninteressen verbunden sein. Doch gerade darin zeigt sich die Herausforderung: Demokratie lebt nicht vom

geräuschlos durchregieren, sondern macht individuelle Interessen transparent und balanciert sie mit dem Gemeinwohl aus. Bürger\*innen, die sich engagieren, bringen wertvolle Perspektiven ein. Bürgerinitiativen weisen oft auf blinde Flecken hin: ökologische Risiken, fehlende Infrastruktur, soziale Schieflagen. Sie machen sichtbar, was in Gutachten nicht auftaucht – wie die emotionale Bindung an Orte oder die Lebensrealitäten vor Ort. Wer in diesem Prozess gehört wird, akzeptiert eher unbequeme Entscheidungen. Wer sich ausgeschlossen fühlt, wendet sich ab – oder wehrt sich.

Der Fall Gorleben zeigt, was passiert, wenn Beteiligung fehlt und Entscheidungen von oben durchgedrückt werden: Ende der 1970er-Jahre wurde der kleine Ort in Niedersachsen als Standort für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ausgewählt – weitgehend ohne öffentlich bekannte geologische Vergleichsstudien, ohne transparente Verfahren, ohne die Einbindung der lokalen Bevölkerung. Der Widerstand ließ nicht lange auf sich warten: Demonstrationen, Mahnwachen, internationale Aufmerksamkeit. Dass das Großprojekt im Hauruckverfahren durchgepeitscht wurde, hat sich später gerächt: Nach jahrzehntelangen Protesten wurde 2017 ein neues Standort-

auswahlverfahren gestartet. Im Jahr 2020 wurde Gorleben als Standort verworfen, weil er die geowissenschaftlichen Kriterien des neuen Verfahrens nicht erfüllt.

Doch wie trifft man eine faire Entscheidung über ein Projekt, das niemand will, das aber allen nützt? Der Philosoph John Rawls liefert dazu ein kraftvolles Gedankenexperiment: den „Schleier des Nichtwissens“. Stellen wir uns vor, wir müssten Regeln für eine Gesellschaft entwerfen – ohne zu wissen, welchen Platz wir darin einnehmen: arm oder reich, Stadt oder Land, betroffen oder nicht. Unter diesen Bedingungen würden Menschen besonders umsichtig entscheiden: fair und ausgewogen, weil niemand riskieren möchte, auf der schlechten Seite zu stehen.

### Ein hilfreicher Denkraum

Rawls leitet daraus zwei Prinzipien ab: Zum einen sollen gleiche Grundfreiheiten für alle gelten – das Gleichheitsprinzip. Andererseits werden Ungleichheiten nicht per se ausgeschlossen. Sie sind aber nur dann akzeptabel, wenn sie den Schwächsten nützen und Chancen für bessere Positionen grundsätzlich allen offenstehen – das Differenzprinzip. Überträgt man dieses Prinzip auf die Suche nach einem

**„Warum gerade hier?“  
lässt sich letztlich nur  
beantworten, wenn  
auch jemand fragt:  
„Warum nicht auch  
bei uns?“**

Kreativer Widerstand gegen die  
Endlagerung von Atommüll in Gorleben



Endlager für hochradioaktiven Atommüll, heißt das: Sicherheit zuerst, nicht politisches Kalkül. Und: Wer eine besondere Last trägt, muss laut Rawls einen gerechten Ausgleich bekommen – etwa in Form von Infrastruktur, Bildung, kulturellen Angeboten und echter Mitsprache. Natürlich ist Rawls' Modell idealisiert. In der Realität spielen Interessen, Macht und Pragmatismus eine große Rolle. Aber gerade deshalb ist der „Schleier des Nichtwissens“ ein hilfreicher Denkraum: Würde ich eine Entscheidung auch dann akzeptieren, wenn ich auf der benachteiligten Seite stünde?

### **Eurajoki: das finnische Beispiel**

Ein Blick nach Finnland zeigt, wie Rawls'sche Gerechtigkeit praktisch wirken kann. In Eurajoki, dem Standort des weltweit ersten Endlagers für hochradioaktiven Abfall, wurde von Anfang an auf Transparenz, Dialog und faire Beteiligung gesetzt. Außerdem erhielt die Gemeinde erhebliche Mittel für öffentliche Infrastruktur, Schulen und Kulturprojekte – aber nicht als „Schweigegeld“, sondern als Anerkennung für die übernommene Verantwortung. Wichtig war dabei vor allem die lange, offene Phase der Entscheidungsfindung – mit echten Teilhabemöglichkeiten für die Bevölkerung.

Auch die Bundesrepublik Deutschland setzt bei der Suche nach einem sicheren Endlager für hochradioaktiven Abfall auf wissenschaftlich fundierte Bewertung, Transparenz, fairen Dialog und Beteiligung. Das 2017 verabschiedete Standortauswahlgesetz schreibt verbindlich vor, dass nicht politische Erwägungen, sondern die Geologie über den Standort entscheiden soll.

Aufgabe der BGE ist es, den Ort mit den günstigsten geologischen Voraussetzungen für ein Endlager zu ermitteln. Ein erster Schritt ist getan: Im Jahr 2020 wurden circa 46 Prozent der deutschen Landesfläche für einen möglichen Standort ausgeschlossen. Die dortigen Bodenbewegungen, ein zu weiches Gestein nahe der Tagesoberfläche oder vulkanische Aktivität erwiesen sich als untauglich für ein Endlager. Nun wird die Fläche weiter eingegrenzt, dann geht es mit übertägigen Erkundungen weiter, später mit weiteren Untersuchungen – bis am Ende eine klare Empfehlung für einen Standort steht. Über den stimmt final das Parlament ab.

### **Wie aus der Zumutung eine Chance wird**

So ambitioniert das Verfahren ist, so herausfordernd bleibt es: Die Wissenschaft liefert Fakten, aber keine Akzeptanz, wie es Ranga



Yogeshwar auf Seite 11 dieses Hefts beleuchtet. Akzeptanz muss gesellschaftlich wachsen: über Vertrauen, Dialog und Beteiligung. Die BGE kann berechnen, welches Gestein am stabilsten ist. Ob eine Region bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, entscheidet sich nicht im Labor, sondern erst im öffentlichen Diskurs.

Die Endlagersuche ist also mehr als ein technisches Großprojekt. Sie ist ein gesellschaftlicher Stresstest: für unser Verständnis von Gerechtigkeit, für unsere Fähigkeit zur Beteiligung und für das Vertrauen in staatliches Handeln. Sie zwingt uns dazu, über den eigenen Gartenzaun hinauszudenken – im wörtlichen wie im übertragenen Sinn. Denn eines ist klar: Irgendwo müssen die strahlenden Abfälle hin, um für lange Zeit sicher zu sein. Und die Frage „Warum gerade hier?“ lässt sich letztlich nur beantworten, wenn auch jemand fragt: „Warum nicht auch bei uns?“

In diesem Heft kommen viele Stimmen zu Wort: Philosophinnen, Filmemacher, Aktivistinnen und Bürgermeisterinnen. Sie zeigen, wie unterschiedlich man auf das Phänomen NIMBY blicken kann – und wie wichtig es ist, nicht vorschnell zu urteilen, sondern genau hinzuhören. Am Ende bleibt eine Frage, die jede und jeder für sich selbst beantworten muss: Bin ich bereit, nicht nur vom Gemeinwohl zu profitieren, sondern auch etwas dazu beizutragen?

Einblicke-Redakteur Philipp Hauner hat sich schon in seinem Studium der Politikwissenschaft mit John Rawls befasst. Die Idee vom „Schleier des Nichtwissens“ findet er simpel und zugleich genial – und deswegen so überzeugend.

## NIMBY

# Triff die Nachbarn

Wir brauchen Windparks, Stromleitungen oder ein Endlager. Dennoch stoßen Projekte wie diese oft auf lokalen Widerstand. Schnell ist von Egoismus die Rede. Doch was bewegt die Menschen wirklich? Und welche Rolle spielen Vertrauen und Beteiligung? Wir lassen Betroffene und Fachleute zu Wort kommen.

ILLUSTRATIONEN VON LAUREN TAMAKI



**ULLI SCHNEEWEISS**

61, wollte mit der Anwohnerinitiative Flüchtlingsunterkunft Altdorf/Röthenbach Verantwortung übernehmen, ist aber an den Institutionen gescheitert.

„Wir wollten eine Flüchtlingsunterkunft in unserem Ort nicht blockieren, sondern in Eigenregie betreiben – zu fairen Bedingungen. Doch das Landratsamt hat unserem Konzept misstraut, obwohl es tragfähig war, und hat stattdessen eigene Fakten geschaffen. Ein Teil unserer Gruppe sagt nun: Wenn wir uns jetzt einbringen, legitimieren wir ein System, das wir falsch finden. Doch ich sehe das anders. Sobald man von den Menschen her denkt, verbietet sich die rein politische Ablehnung.“

♥ ALTDORF / RÖTHENBACH



**KAROLA VOSS**

61, ist Bürgermeisterin von Ahaus. Nahe der münsterländischen Stadt befindet sich ein zentrales Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle.

„Ahaus trägt Verantwortung – aber unser Standort darf nicht zum Endlager werden. Wir brauchen eine sichere, wissenschaftlich begründete und faire Endlagersuche. Alle Bundesländer müssen sich beteiligen. Es darf nicht sein, dass Zwischenlager wie unseres schleichend zu Endlagern werden, nur weil andere sich entziehen. Ein Problem für mich ist die Dauer der Endlagersuche. Was kann sich politisch alles verändern, während man ein Verfahren so lange betreibt? Die Aufbewahrungsgenehmigung läuft 2036 aus, aber wir wissen, dass niemand 2036 den Müll abholen wird.“ ♥ AHAUS



## LARS KLINGBEIL

47, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Rotenburg I – Heidekreis, ist SPD-Vorsitzender, Vizekanzler und Finanzminister. Der Politiker setzt sich seit 2015 für den Ausbau einer Bahnstrecke anstelle eines Neubaus ein.

**Sie setzen sich für den Ausbau der Bahn ein. Trotzdem haben Sie den Bau einer neuen ICE-Strecke vorläufig verhindert. Warum?**

„Seit vielen Jahren wird über den Bahnausbau zwischen Hamburg und Hannover diskutiert. 2015 hat sich eine klare Mehrheit des Dialogforums Schiene Nord unter Beteiligung der betroffenen Kommunen und Bürgerinitiativen, Umwelt- und Verkehrsverbände sowie der Deutschen Bahn für den Ausbau der Bestandsstrecken ausgesprochen. Als Abgeordneter habe ich mich dazu verpflichtet, diesen Konsens umzusetzen. Ich habe allerdings immer wieder erlebt, dass die Menschen unserer Region sich nicht ernst genommen gefühlt haben, weil dieser Kompromiss vonseiten der Bahn wieder infrage gestellt worden ist.“

**Wie lässt sich der Konflikt zwischen gesamtgesellschaftlicher Notwendigkeit und lokalen Interessen lösen?**

„Wir müssen im Dialog einen breit getragenen Kompromiss finden. 2015 ist das gelungen. 2023 haben das Bundesverkehrsministerium und die Landesregierung Niedersachsen dann vorgeschlagen, den Modernisierungsbedarf der Strecke unter Beteiligung der Öffentlichkeit neu zu ermitteln. Den Vorschlag unterstütze ich. Meine Region will sich weiter daran beteiligen, eine Lösung zu finden.“

**Welche Rolle spielt Vertrauen in Wissenschaft und Politik bei der Standortsuche?**

„Eine ganz zentrale: Wenn nämlich Erwartungen enttäuscht oder Versprechen gebrochen werden, untergräbt das das Vertrauen in politische Entscheidungen und in demokratische Institutionen insgesamt. Deshalb ist es entscheidend, die Menschen vor Ort frühzeitig in den Prozess einzubeziehen. Geregelte Planungsverfahren binden eine Vielzahl an Expertinnen und Experten sowie Beteiligte ein. Am Ende ist es aber eine politische Entscheidung, wie und wo beispielsweise die Bahnstrecke verläuft.“

♥ ROTENBURG I – HEIDEKREIS



## SVENJA FASSBINDER

31, setzt sich als Kreisjugendpflegerin besonders für die Interessen der jungen Generation ein. Sie interessiert sich für das Thema Endlagersuche und hat an einer Fachkonferenz teilgenommen, bei der sich auch Bürger\*innen einbringen konnten.

„Die junge Generation ist für vieles nicht verantwortlich: nicht für den Klimawandel oder für die Kriege, die gerade auf der Welt herrschen. Hier sind die Boomer in der Verantwortung, für nachfolgende Generationen eine intakte Welt weiterzugeben. Beim Endlager finde ich es unabdingbar, spätestens jetzt junge Menschen aktiv einzubeziehen. Das darf keine bloße Scheinbeteiligung sein. Man muss konstruktive Lösungen zusammen mit allen Generationen finden – am meisten sollte man sich jedoch um die Jugendlichen und jungen Erwachsenen bemühen.“ ♥ WUNSIEDEL



### **ELISABETH KALS**

59, ist Professorin für Sozial- und Organisationspsychologie an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen die Motivanalyse menschlichen Handelns und Mediation.

„In Trier stand einmal ein Trassenbau an, um neue Stadtteile an die Innenstadt anzubinden. Die Projektpläne führten zu Gruppenbildungen mit Befürworterinnen und Gegnern unterschiedlicher Trassenverläufe. Ein klassischer NIMBY-Konflikt, den wir wissenschaftlich untersuchen durften. Wir stellten fest, dass es in allen Gruppen sowohl um Eigennutz als auch um das Erleben von kollektiver Ungerechtigkeit ging. Ein faires Entscheidungsverfahren und gerechte Lösungen waren zwar allen Beteiligten wichtig, aber NIMBY führt häufig zu Wahrnehmungsverzerrungen: Man selbst schätzt sich konzilianter ein, als man ist – die anderen werden hingegen als unnachgiebiger angesehen, als sie sind. Aufklärung über diese Verzerrungen sowie Fairness als gemeinsame Grundlage fördern Kooperation und gegenseitiges Verständnis. Ein Blick auf NIMBY aus dieser Gerechtigkeitsperspektive ist daher ein wichtiger Schlüssel zur Konfliktklärung. Zu Gegenwehr kann zudem auch führen, dass nicht immer alle relevanten Parteien an den Tisch geholt werden können: vor allem die im Hintergrund Beteiligten und diejenigen, die die Entscheidung auch politisch durch- und umsetzen müssen. Dabei gibt es oftmals leider keine ‚Kontinuität der politischen Köpfe‘, weil etwa aufgrund von Wahlen bis zum Zeitpunkt der Umsetzung des Mediationsergebnisses neue politische Kräfte wirksam sind.“ ♥ EICHSTÄTT



### **BRITTA AUGUSTIN**

47, ist Studienrätin für Mathematik und Informatik und im Vorstand des Vereins Nuklearia e. V. Dort tritt sie für den Wiederaufbau der Kernkraft in Deutschland ein.

„In meinen Kreisen von Atomkraftbefürwortern gibt es kein NIMBY-Phänomen. Kommt von Atomkraftgegnerinnen die Frage, ob sie den Atommüll in unserem Garten lagern sollen, sagen alle von uns: ‚Ja, bitte!‘ Ich bin gegen Endlagerung, weil sie wertvolle Ressourcen für immer unzugänglich macht. ‚Atommüll‘ enthält noch 97 Prozent ungenutzte Energie – er ist kein Abfall, sondern ein Wertstoff. Länder wie Frankreich und China recyceln ihn bereits und Russland schließt den Brennstoffkreislauf komplett.“ ♥ WÜRZBURG



### CARSTEN MÜHLENMEIER

57, ist Präsident des Landesamts für Bergbau, Energie und Geologie Niedersachsen.

„Die Endlagerfrage ist ganz entscheidend für unsere Zukunft. Aber es ist eine Aufgabe der Gegenwart. Wenn wir nicht zügig eine Lösung für die Endlagerung unseres hochradioaktiven Abfalls finden, verschieben wir ein weiteres Problem an die zukünftigen Generationen. Das kann nicht richtig sein.“ ♥ HANNOVER



### RANGA YOGESHWAR

66, ist Wissenschaftsjournalist und Autor. Seine Kolleg\*innen und er konnten Anfang November 2014 als erstes Journalist\*innenteam weltweit in Fukushima nach der Nuklearkatastrophe drehen.

„Ich verstehe NIMBY – es ist menschlich, erst an sich selbst zu denken, einerseits. Andererseits: Man kann nicht alles haben. Ich wohne in der Einflugschneise des Kölner Flughafens. Klar nervt der Lärm manchmal – aber ich fliege ja auch selbst. Bei NIMBY-Konflikten kann Wissenschaft Entscheidungsgrundlagen liefern. Allerdings gibt es auch unter Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern Opportunitäten. Und eine rein wissenschaftliche Sicht berücksichtigt nicht das gesellschaftliche Miteinander – das hat Corona ja schmerzlich gezeigt. Zuletzt: Menschen verhalten sich oft nicht rational, sehen Sie sich nur einmal die immer größer werdenden Autos in Deutschland an ...“ ♥ KÖLN



### JULIA ZILLES

38, ist Politikwissenschaftlerin und erforscht Bürgerproteste an der Georg-August-Universität Göttingen.

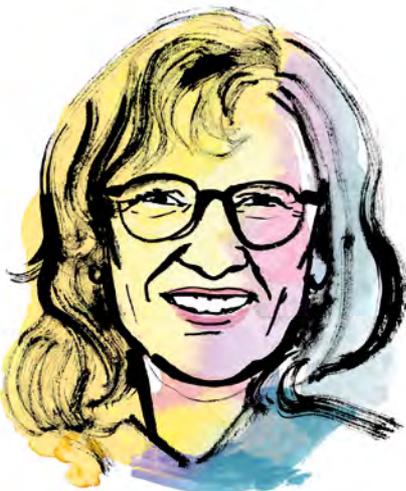
„Niemand ruft begeistert: ‚Hurra, das Endlager kommt zu uns!‘ Deshalb braucht es klare Perspektiven, wie Kommunen von Infrastrukturprojekten auch profitieren können. Wenn aus Windkrafterlösen das Kita-Mittagessen oder das Schwimmbad finanziert wird, wächst die Akzeptanz. Besser als zu sagen: ‚Tut uns leid, ihr müsst das jetzt ertragen.‘ Beteiligung heißt auch: einen fairen Ausgleich schaffen.“ ♥ GÖTTINGEN



### **BORWIN BANDELOW**

73, gilt als Deutschlands bekanntester Angstforscher. Der Diplomspsychologe und Facharzt für Neurologie und Psychiatrie hat zahlreiche Bücher zum Thema verfasst.

„Natürlich spielt Angst bei NIMBY eine Rolle – und das ist nicht nur negativ. Angst kann dazu führen, dass Menschen genauer hinsehen, kritischer fragen. Doch wenn Angst überhandnimmt, kippt sie in Egoismus. Dann geht es nur noch ums eigene Wohl. Wir sollten Angst nicht verdrängen, sondern sie als eine Art Wegweiser betrachten, ganz wie Marie Curie sagte: ‚Jetzt ist es an der Zeit, mehr zu verstehen, damit wir weniger Angst haben.‘ Das gilt auch für Großprojekte wie ein Endlager.“ ♡ GÖTTINGEN



### **MARIA-THERESIA SCHAFMEISTER**

66, lehrt als Professorin Angewandte Geologie an der Universität Greifswald. Sie ist Mitglied im Nationalen Begleitgremium der Endlagersuche.

„Eine NIMBY-Haltung finde ich zunächst sehr menschlich. Gleichzeitig ist sie gegenüber den künftigen Generationen unverantwortlich. Als Geologin sage ich immer: Wir haben die Kernenergie aus der Erde rausgeholt – dort können wir sie auch wieder sicher verwahren.“ ♡ GREIFSWALD



### **EDGAR HAGEN**

67, hat sich für seinen Dokumentarfilm „Die Reise zum sichersten Ort der Erde“ mit der Suche nach einem Standort für ein Atommüll-Endlager beschäftigt. Dabei ist er zu Orten auf der ganzen Welt gereist.

„NIMBY ist primär Ausdruck von Ohnmacht – nicht Egoismus, sondern Überlebensinstinkt. Die Endlagersuche war lange von Sachzwängen und Tricks der Atomindustrie geprägt, echte Mitsprache war kaum möglich. Erst der Atomausstieg schafft Raum für eine ehrliche Debatte. Wenn Risiken offen benannt und Schwächen eingestanden werden, entsteht Vertrauen.“ ♡ BASEL

[www.einblicke.de](http://www.einblicke.de)

Wir haben mit allen hier dargestellten Menschen spannende Interviews geführt. In voller Länge können Sie diese online lesen.





**MICHAEL BELEITES**

60, ist Landwirt und war ein wichtiger Akteur der Umweltbewegung in der DDR. Beleites erstellte 1988 eine Untergrundschrift zu den Folgen des Uranbergbaus in der DDR und forderte dessen Beendigung.

„Als vor gut 100 Jahren der Umweltbegriff in die Ökologie eingeführt wurde, ging es um den Zusammenhang von Umwelt und Innenwelt. Die Zerstörung der Umwelt ist immer ein Anschlag auf die Seelenverfassung der Menschen. Wenn das juristisch handhabbar wäre, wäre die Debatte ehrlicher. Dann müssten nicht die Feldlerche oder Fledermäuse vorgeschoben werden. Glaubwürdig ist Widerstand nur, wenn grundsätzliche Alternativen diskutiert werden: Brauchen wir so viel Strom? Was steht einer Umkehr von zentralistischen Strukturen hin zu einer regionalen Versorgungssouveränität im Wege? Wie verknüpfen wir ein Weniger an Energie- und Ressourcenverbrauch mit einem Mehr an Lebensqualität?“

♥ BLANKENSTEIN



**HANS SCHUIERER**

94, war von 1972 bis 1996 Landrat des Landkreises Schwandorf. 1985 weigerte er sich, der Errichtung einer Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zuzustimmen. Der 2018 erschienene Spielfilm „Wackersdorf“ macht sein Engagement während dieser Zeit erlebbar.

**Zunächst hatten Sie der Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf zugestimmt. Warum?**

„Wegen der Arbeitsplätze. Nach dem Ende des Braunkohlebergbaus in unserer Region hatten wir 1.600 Arbeitsplätze verloren und es wurden uns 3.600 neue Arbeitsplätze in der Anlage versprochen. Auch sonst wurde mir immer wieder gesagt, wie gut und wichtig die Wiederaufbereitung sei.“

**Wann haben Sie Ihre Meinung geändert?**

„Nachdem ich gemerkt habe, dass ich belogen werde. Als ich zum ersten Mal Pläne einsehen konnte, habe ich darauf einen 200 Meter hohen Schornstein entdeckt. Da habe ich gefragt: ‚Wieso braucht es denn diesen 200 Meter hohen Kamin?‘ Da hat man mir geantwortet: ‚Damit die radioaktiven Schadstoffe möglichst breit verteilt werden und die Bevölkerung vor Ort geschützt wird.‘ Die Arbeitsplätze wurden auch immer weniger, später war nur noch von 1.000 die Rede. Die Arbeitsplätze waren aber nicht das Entscheidende. Entscheidend waren die radioaktiven Schadstoffe. Darüber sind wir nie informiert worden – weder ich noch der Gemeinderat in Wackersdorf. Aber der Gemeinderat war immer noch dafür, das hat die Mitglieder gar nicht interessiert. Es gibt heute noch Menschen in Wackersdorf, die sagen: ‚Ach, so gefährlich wäre das alles nicht gewesen.‘“

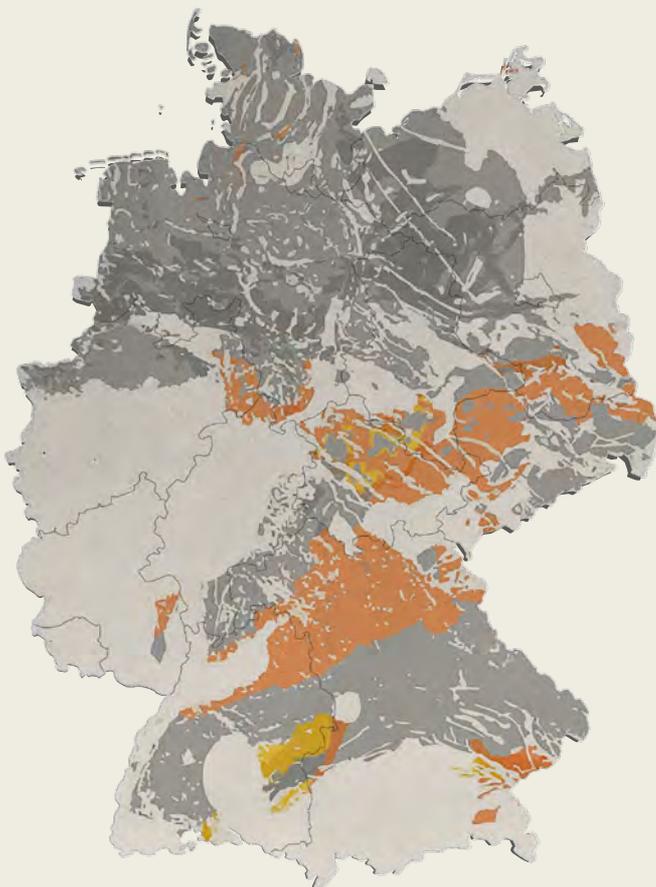
**Glauben Sie, dass eine offene Kommunikation Akzeptanz für ein Endlager bringen kann?**

„Ja, das ist ganz wichtig. Man muss den Menschen klarmachen, wie wichtig ein Endlager ist. Der radioaktive Müll ist nun mal da, den können wir uns nicht wegwünschen. Wenn man die Leute ehrlich informiert und einbindet, dann haben sie Verständnis dafür.“ ♥ SCHWANDORF

# Zwischenlager sind keine Dauerlösung

Es gibt 16 Zwischenlager für hochradioaktive Abfälle in Deutschland – verteilt in der ganzen Bundesrepublik. Sie sind sicher, aber nicht für eine Dauerlagerung oder kriegerische Zeiten ausgelegt. Deshalb ist es wichtig, dass Deutschland einen Standort für ein Endlager findet.

INFOGRAFIK VON SEBASTIAN STRUCH



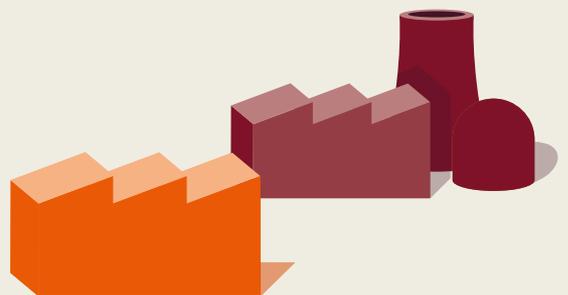
## LEGENDE

- Kein Teilgebiet, Region in Schritt 1 ausgeschlossen
- Kategorie D, ungeeignet
- Kategorie C, geringe Eignung
- Noch keine Einordnung erfolgt

Arbeitsstand vom November 2024 aus den repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU)

## AUF DER SUCHE NACH EINEM ENDLAGER

Die Endlagersuche verläuft in mehreren Phasen: In Schritt 1 von Phase I hat die BGE im Jahr 2020 anhand geologischer Daten 90 Teilgebiete identifiziert, die günstige Bedingungen für ein Endlager erwarten lassen. In Schritt 2 von Phase I überprüft die BGE derzeit die Gesteinsformationen aller 90 Teilgebiete, um die am besten geeigneten Standortregionen zu ermitteln. Teilgebiete, die alle Schritte dieser Überprüfung bestehen, erhalten die Kategorie A. Aus ihnen wählt die BGE Regionen aus, die sie für am sichersten hält, und schlägt diese Ende 2027 für die nächsten Phasen vor. In diesen Phasen wird übertägig und später untertage weiter erkundet.



## ZENTRALE UND DEZENTRALE ZWISCHENLAGER

Zentrale Lager wie Gorleben und Ahaus sollten die hochradioaktiven Abfälle aus allen Atomkraftwerken bündeln. Doch gesellschaftlicher Widerstand führte zum Umdenken: Seit Anfang der Nullerjahre lagern die meisten Brennelemente dezentral an den Standorten der stillgelegten Atomkraftwerke. So werden auch unnötige Transporte vermieden. Die zentralen Zwischenlager Gorleben, Ahaus und das Zwischenlager Nord gibt es aber weiterhin.



- Zentrales Zwischenlager
- Dezentrales Zwischenlager

**Endlager** — Unser Auftrag für Generationen.

**Verantwortung** — Für Menschen und Natur.

**Sicherheit** — Hat höchste Priorität.

**Gesellschaft** — Weil es nur gemeinsam geht.

**Forschung** — Immer auf dem neuesten Stand.

**Geologie** — Eine Million Jahre im Blick.

**Kommunikation** — Austausch auf Augenhöhe.

**Strahlenschutz** — Ist Basis unseres Handelns.

**Infoangebot**

Barrierefreie PDF-Dokumente dieser und weiterer Ausgaben der Einblicke finden Sie hier: [www.einblicke.de/magazine](http://www.einblicke.de/magazine)



**Aktuelle Informationen**

zu geplanten Veranstaltungen zum Thema Endlagersuche finden Sie auf der Homepage der BGE: [www.bge.de/veranstaltungen](http://www.bge.de/veranstaltungen)



**Impressum**

Herausgeberin: Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH, Eschenstraße 55, 31224 Peine, [www.bge.de](http://www.bge.de); V. i. S. d. P.: Manuel Wilmanns; Einblicke-Team: Prisca Biermann, Dagmar Dehmer, Johannes Hunger; Verlag: SZ Scala GmbH, Hultschiner Straße 8, 81677 München; Redaktion: Philipp Hauner, Katrin Lange, Daniela Zimmer; Projektmanagement: Iryna Baumbach; Gestaltung: Ellen Verick; Druck: Bonifatius GmbH, Karl-Schurz-Straße 26, 33100 Paderborn. Diese Ausgabe erscheint als Beilage in folgenden Medien: Der Tagesspiegel/ Potsdamer Neueste Nachrichten, DIE ZEIT, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Süddeutsche Zeitung, taz



[www.blauer-engel.de/uz195](http://www.blauer-engel.de/uz195)



Druckprodukt mit finanziellem

**Klimabeitrag**

[ClimatePartner.com/53323-2508-1001](https://ClimatePartner.com/53323-2508-1001)